

***Prävention ganzheitlich umsetzen – Hamburgs Konzept
gegen religiös begründeten Extremismus und
Muslimfeindlichkeit***

Eleonore Yassine-Sahyouni

Aus: Erich Marks (Hrsg.):
Prävention & Integration
Ausgewählte Beiträge des 22. Deutschen Präventionstages
19. und 20. Juni 2017 in Hannover
Forum Verlag Godesberg GmbH 2018, Seite 351-364

978-3-942865-71-5 (Printausgabe)
978-3-942865-72-2 (eBook)

Prävention ganzheitlich umsetzen – Hamburgs Konzept gegen religiös begründeten Extremismus und Muslimfeindlichkeit

Warum hat Hamburg ein Senatskonzept?

Junge Menschen suchen ihr Heil in einer extremistischen Auslegung des Islams und in ideologisierten Gruppen unter dem Banner der Religion. Manche sind sogar bereit, Gewalt anzuwenden, um – so sehen sie es – die Gemeinschaft der Muslime gegen die Ungläubigen zu verteidigen und ihrer Auffassung vom gottesfürchtigen Leben Geltung zu verschaffen. Seit fast einem Jahrzehnt erhalten salafistisch-extremistische Bewegungen Deutschland immer mehr Zulauf, besonders in den Metropolregionen, so auch in Hamburg.

Wie reagieren wir als Gesellschaft darauf? Was kann eine Stadt wie Hamburg tun, um junge Männer und Frauen zurück zu gewinnen für unsere plurale demokratische Gesellschaft? Wie können wir vermeiden, dass sich Menschen radikalieren? Und wie können wir der zunehmenden Muslimfeindlichkeit begegnen, die dazu beiträgt, dass junge Muslime sich von unserer Gesellschaft entfremdet fühlen, dass sich bei Ihnen ein Gefühl festsetzt, das Versprechen von gleichen Rechten und Chancen gelte für sie nicht?

Analysen der Sicherheitsbehörden und Ergebnisse der Radikalisierungsforschung zeigen u.a., dass Radikalisierungsprozesse sehr heterogen sind. Es gibt keine eindeutigen sozioökonomischen, ethnischen oder anderen Profile von radikalisierten Personen, ebenso wenig gibt es monokausale Zusammenhänge zwischen identifizierbaren Faktoren (z.B. Konsum ideologischer Internetseiten) und dem individuellen Anschluss an eine religiös-extremistische Weltanschauung oder eine abwertende bis menschenfeindliche Haltung gegenüber verschiedenen sozialen Gruppen.¹

Daher ist ein diversifiziertes Präventionsangebot mit sozialen, milieu- und stadtteil-spezifischen Handlungsansätzen sinnvoll. Prävention soll einerseits auf Umstände, die eine Entfremdung fördern (Push-Faktoren), einwirken – z.B. durch Abbau von antimuslimischer Diskriminierung – als auch Angebote machen, die den scheinbar attraktiven Angeboten der Extremisten (Pull-Faktoren) starke Alternativen entgegen setzen.

¹ Vgl. Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz, Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus: Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sind, Fortschreibung 2016, <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/2016AnalyseRadikalisierungsgruendeSyrienIrakAusreisende.html>.

Hamburg ist einerseits stark von dem Phänomen des religiös begründeten Extremismus bzw. Salafismus betroffen,² und eine zunehmend negative Stimmung gegenüber Muslimen ist auch in unserer auf ihre Weltoffenheit so stolzen Hansestadt zu bemerken.³ Andererseits öffnen sich durch die kurzen Wege im Stadtstaat auch besondere Chancen, effektive Netzwerke zur Prävention aufzubauen – ein Weg, den Hamburg seit jetzt drei Jahren konsequent geht.

Leitgedanken des Senatskonzepts

Im Jahr 2014 hat der Senat der Stadt Hamburg ein umfassendes Konzept zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös begründetem Extremismus und Muslimfeindlichkeit beschlossen und dies im Jahr 2016 weiterentwickelt.⁴ Das Konzept orientiert sich an folgenden Leitlinien:

- Prävention hat zum Ziel, Radikalisierung fördernden Faktoren entgegenzuwirken und protektive Faktoren zu stärken (z.B. durch Unterstützung in der Bewältigung von kritischen Lebensereignissen und Übergängen, Stärken von Bindungen, Stärken von Selbstwirksamkeit).
- Die staatlichen Regelstrukturen werden in Bezug auf religiös begründete Radikalisierung und Muslimfeindlichkeit sensibilisiert, aktiviert und kompetent gemacht.
- Zivilgesellschaftliche Präventionsprojekte ergänzen passgenau die staatlichen Regelsysteme und erproben neue Ansätze.
- Alle Akteure kooperieren, alle Maßnahmen greifen ineinander, Wissen wird gemeinsam aufgebaut und transferiert.

An der Umsetzung und Weiterentwicklung des Konzeptes beteiligen sich vier Hamburger Behörden,⁵ die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI), die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB), die Behörde für Inneres und Sport (BIS), die Justizbehörde (JB) sowie die Bezirksämter der sieben Hamburger Bezirke. Wichtige Partner sind insbesondere die islamischen Religionsgemeinschaften SCHURA, DITIB, der Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. (VIKZ) sowie die Alevitische Gemeinde Deutschland, mit denen die Freie und Hansestadt Hamburg im Jahr 2012 Verträge geschlossen hat.

² Das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz rechnete am 1. September 2017 rund 775 Personen der salafistischen Szene zu, davon galten 394 als Jihadisten (Salafisten, die den militanten Jihad unterstützen).

³ Vgl. Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hg.): Die enthemmte Mitte – Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Leipzig 2016; Andreas Zick, Beate Küpper, Daniela Krause: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016. Vgl. auch Wahlergebnisse der AfD bei den Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft 2015 (6,1 %) und den Bundestagswahlen 2013 (4,2%) und 2017 (7,8%). Anekdotische Belege zahlreicher Mitglieder des Beratungsnetzwerkes ergänzen diese Befunde.

⁴ Bürgerschaftsdrucksachen 20/13460 vom 28. Oktober 2014 und 21/5039 vom 28. Juni 2016, siehe <https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokumentennummer>.

⁵ Hamburg ist als Stadtstaat Bundesland und Stadt zugleich; die Fachbehörden entsprechen den Ministerien in den Flächenländern.

Unter Berücksichtigung erster Praxiserfahrungen, neuer Erkenntnisse aus der Radikalisierungs- und Präventionsforschung sowie der aktuellen Lageeinschätzung der beteiligten Fachbehörden werden die mit dem Konzept verfolgten Ansätze regelmäßig aktualisiert sowie Prioritäten überprüft und gegebenenfalls verändert.

Neue Strukturen: Beratungsnetzwerk Prävention und Deradikalisierung

Für den gemeinsamen Aufbau von Wissen und zur Förderung von Kooperationen wurde im Oktober 2014 das „Beratungsnetzwerk Prävention und Deradikalisierung“ geschaffen. Im Beratungsnetzwerk sind die am Konzept beteiligten Behörden, Religionsgemeinschaften, zivilgesellschaftliche Präventionsprojekte sowie die Beratungsstelle Legato vertreten.

Die Federführung für die Koordinierung der behördenübergreifenden Aufgaben liegt in der BASFI, gelenkt wird die Umsetzung durch ein behördenübergreifendes Steuerungsgremium auf Ebene der Amtsleitungen, d.h. der Ebene direkt unterhalb der Behördenleitungen. Umgesetzt werden die vereinbarten Maßnahmen in Eigenregie der beteiligten Partner. Im Plenum tagt das Beratungsnetzwerk sechs Mal im Jahr mit etwa 40 Personen. Koordiniert wird es von einer eigens geschaffenen Netzwerkstelle in der BASFI.

Die behördlichen Mitglieder im Beratungsnetzwerk sind im Einzelnen:

- die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (Amt für Arbeit und Integration, Amt für Familie, Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum)
- die Behörde für Inneres und Sport (Landeskriminalamt, Landesamt für Verfassungsschutz)
- die Behörde für Schule und Berufsbildung (Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Hamburger Institut für berufliche Bildung, Landeszentrale für politische Bildung, Beratungsstelle Gewaltprävention)
- die Justizbehörde (Justizvollzug)
- Bezirksämter (u.a. Fachämter Sozialraummanagement, „Lokale Partnerschaften für Demokratie“ des Bundesprogramms Demokratie leben)

Die eingebundenen Religionsgemeinschaften sind:

- die SCHURA e.V. – Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg
- DITIB – Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.
- der Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. (VIKZ)
- die Alevitische Gemeinde Deutschland e.V.
- die Evangelisch-lutherische Kirche in Norddeutschland

Die zivilgesellschaftlichen Träger von Präventionsangeboten im Beratungsnetzwerk sind:

- die Vereinigung Pestalozzi gem. GmbH und Ambulante Maßnahmen Altona AMA e.V. (landesfinanzierte Beratungsstelle „Legato – systemische Ausstiegsberatung – Fachstelle für religiös begründete Radikalisierung“)
- Ambulante Maßnahmen Altona e.V. (Justizvollzugs-Projekt „Legato-Prä-Jus“ des Bundesprogramms Demokratie leben)
- der Fachrat Islamische Studien e.V. FIS (landesfinanziertes Projekt „Qualifizierung muslimischer Jugendlicher in Hamburger Moscheen“)
- das Islamische Wissenschafts- und Bildungsinstitut e.V. (Modellprojekt „Al Wasat“ des Bundesprogramms Demokratie leben)
- das Bündnis Islamischer Gemeinden in Norddeutschland BIG e.V. (Modellprojekt „Think Social Now 2.0 – Verantwortung übernehmen im Internet“ des Bundesprogramms Demokratie leben)
- Basis und Woge e.V. (Modellprojekt „SelbstSicherSein“ des Bundesprogramms Demokratie leben)
- das Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation e.V. (Projekte „Lokale Partnerschaft für Demokratie“ in St. Georg-Borgfelde und Mümmelmannsberg des Bundesprogramms Demokratie leben)
- die Lawaetz-Stiftung (zwei der „Lokalen Partnerschaften für Demokratie“ des Bundesprogramms Demokratie leben)

Im Plenum werden Erkenntnisse ausgetauscht, um ein gemeinsames Verständnis der komplexen Themen zu schaffen. In den vergangenen drei Jahren ging es dabei vor allem um das Verstehen von Radikalisierungsprozessen (Typologien, Radikalisierung fördernde bzw. Resilienz fördernde Faktoren), um die speziellen Hintergründe der Radikalisierung von Frauen, um Entwicklungen in einzelnen Sozialräumen und um Muslimfeindlichkeit. Die in Hamburg tätigen Präventionsprojekte stellten ihre Ansätze und Arbeitsstände dem Netzwerk vor, die Akteure bauten Wissen über ziel- und zielgruppenspezifische Prävention und good practice auf und knüpften belastbare Beziehungen. Parallel dazu diskutierte das Netzwerk immer wieder aktuelle Themen, z.B. neue Entwicklungen in den extremistischen Szenen (hamburgweit und sozialraumbezogen) oder mögliche Konsequenzen von einzelnen Ereignissen für die Präventionspraxis. So wurde die Tat von Ahmad A., der im Sommer 2017 in einem Hamburger Supermarkt einen Menschen erstach und mehrere Personen verletzte, im Netzwerk nachbesprochen. Themenbezogen werden auch externe Referenten oder lokale Akteure in die Plenumsbesprechungen eingeladen.

Arbeitsschwerpunkte

Die koordinierende Behörde erarbeitet mit Partnern aus dem Beratungsnetzwerk sowie weiteren Akteuren (z.B. Verantwortlichen für Flüchtlingsunterkünfte, Psychologen, norddeutschen Beratungsstellen) Konzepte für verschiedene Arbeitsschwerpunkte:

Fortbildungen für die Regelsysteme und zivilgesellschaftliche Partner – Es werden Anforderungen an gute Sensibilisierungs- und Fortbildungsformate formuliert und ein Zertifizierungsverfahren erarbeitet.

Strategische Kommunikation – Das Netzwerk erarbeitet gemeinsam Strategien für die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit der beteiligten Akteure und für Counter-Narrative, die von den Netzwerkakteuren platziert werden können.

Betreuung und Schutz für Geflüchtete – Besonders für die unbegleiteten minderjährigen und heranwachsenden Geflüchteten werden innovative Konzepte erarbeitet und erprobt.

Abbau von Muslimfeindlichkeit – Die Teilhabechancen und die Stimmen junger Muslime zu stärken und ihre Identitäten sichtbar zu machen, für diese Ziele werden Konzepte erarbeitet und umgesetzt. Gleichzeitig geht es um die Sensibilisierung und Aktivierung der Mehrheitsbevölkerung, der Abwertung von Muslimen entgegenzutreten.

Sensible Sprache – Ziel dieses Schwerpunktes ist es, Empfehlungen für einen sensiblen Sprachgebrauch zu entwickeln.

Radikalisierung von Mädchen und Frauen begegnen – Mädchen und junge Frauen haben spezifische Gründe, sich radikalen Ideologien oder Gruppen anzuschließen. Diese sind in einer gendersensiblen und -spezifischen Präventionsarbeit zu berücksichtigen.

Kooperationswege in der Fallarbeit – Oftmals arbeiteten verschiedene staatliche und nichtstaatliche Akteure parallel an einem Fall, z.B. ein bezirkliches Jugendamt, die Beratungsstelle Gewaltprävention der Behörde für Schule und Berufsbildung, das LKA, die Beratungsstelle Legato und ein Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Damit ein Fall optimal bearbeitet werden kann, müssen diese untereinander Informationen austauschen (soweit datenschutzrechtlich zulässig), den Fall möglichst gemeinsam bewerten und ihre Maßnahmen aufeinander abstimmen. In diesem Arbeitsschwerpunkt geht es um die Verbesserung der institutionenübergreifenden Fallarbeit.

Handreichung zur systematischen Fallreflexion – Zur gemeinsamen Fallbewertung gehört eine Verständigung darüber, was relevante Anhaltspunkte für eine Radikalisierung sein können und welche Hinweise auf eine Eigen- oder Fremdgefährdung eventuell bestehen. Hierfür wird eine Handreichung für die Fachkräfte erarbeitet, die in der Fallarbeit tätig sind.

Justizvollzug – Das Netzwerk hat in diesem Arbeitsschwerpunkt den Justizvollzug in der Erarbeitung seines Konzeptes für die Prävention und Intervention unterstützt. Inzwischen ist das Konzept in der Umsetzung.

Aufgaben der staatlichen Regelsysteme in der Konzeptumsetzung

Die staatlichen Regelsysteme werden im Rahmen ihrer Zuständigkeiten tätig, über das Netzwerk Prävention und Deradikalisierung entwickeln sie ein vertieftes Verständnis ihrer unterschiedlichen Aufgaben, Funktionsweisen und Grenzen. Dies hilft den Akteuren in der behördenübergreifenden Zusammenarbeit. Sie bauen gemeinsam Wissen auf und entwickeln neue Konzepte für ihre Handlungsfelder.

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) hat die Federführung für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Gesamtstrategie. Sie koordiniert das Beratungsnetzwerk Prävention und Deradikalisierung, d.h. sie plant und moderiert die Plenumsitzungen und ist erste Ansprechpartnerin der Netzwerkmitglieder für fachliche Themen und Fragen von Kooperationsprozessen. Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Trägern entwickelt die BASFI Präventionsprojekte, die die staatlichen Systeme passgenau ergänzen und innovative Ansätze erproben. Über die BASFI sind auch die Steuerung der Kinder- und Jugendhilfe und der Familienförderung in die Umsetzung der Gesamtkonzeption eingebunden, darüber hinaus arbeitet das Sozialpädagogische Fortbildungszentrum im Netzwerk mit.

Das Landeskriminalamt (LKA) vertritt die Gefahrenabwehr und die Strafverfolgung; darüber hinaus bringt das LKA mit seinem Referat „Prävention gewaltzentrierte Ideologien“ hohe Fachkompetenz in das Netzwerk ein und fungiert als niedrigschwelliger polizeilicher Ansprechpartner für alle Beteiligten. Es pflegt sozialraumbezogene Bürgerkontakte und informiert Bedarfsträger über die Lage in den extremistischen Milieus.

Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) speist seine Erkenntnisse über die extremistischen Strukturen und Szenen in das Netzwerk ein und unterstützt die Netzwerkpartner bei der Bewertung neuer Entwicklungen; es informiert und klärt auf.

Das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) bildet Lehrkräfte fort, z.B. zu demokratie- und medienpädagogischen Themen, es entwickelt Unterrichtsmaterial und vermittelt Präventionsangebote freier Träger an die Schulen (z.B. die Formate „Wie wollen wir leben?“

und „bildmachen“ von ufuq.de und die Angebote von Think Social Now 2.0, Hör mir zu! sowie Dialog macht Schule). Darüber hinaus bietet das LI den Schulen an, sie in ihrer Entwicklung als Institution zu unterstützen, um z.B. ein demokratisches und respektvolles Miteinander in der Schule zu fördern.

Werden einzelne Schülerinnen oder Schüler an allgemeinbildenden Schulen auffällig, z.B. durch plötzliche Verhaltensänderungen oder konfrontative Aktionen, so zieht die Schule die Beratungsstelle Gewaltprävention hinzu, bei Berufsschülern ist das Beratungszentrum Berufliche Schulen (BZBS) des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (HIBB) zuständig. Beide sind Teilorganisationen der BSB, sie übernehmen die Bearbeitung der Fälle in Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendhilfe (inkl. Kinderschutzkoordinatoren), Legato und gegebenenfalls weiteren Kooperationspartnern. Zwischen der BSB (LI, Beratungsstelle Gewaltprävention und Hamburger Institut für Berufliche Bildung) und der Beratungsstelle Legato besteht eine Kooperationsvereinbarung.

Darüber hinaus arbeitet die Landeszentrale für politische Bildung der BSB im Beratungsnetzwerk und an der Umsetzung des Konzeptes mit.

Auch der Justizvollzug ist eingebunden, er hat in Kooperation mit dem Netzwerk ein umfassendes Konzept für Prävention (universell, selektiv und indiziert) im Justizvollzug erarbeitet, das in Umsetzung ist. Hierfür wurde eine Kooperation mit der Schura geschlossen, die seither in mehreren Justizvollzugsanstalten Gespräche zu religiösen und lebenspraktischen Themen anbietet. Darüber hinaus wurde das Präventionsprojekt Legato PräJus geschaffen.

Die sieben Hamburger Bezirksämter beteiligen sich mit ihren Fachämtern Jugend- und Familienhilfe (Allgemeiner Sozialer Dienst und Offene Kinder- und Jugendarbeit) sowie mit ihren Fachämtern Sozialraummanagement an der Umsetzung des Senatskonzeptes und der Netzwerkarbeit.

Aufgaben der zivilgesellschaftlichen Projekte: Indizierte Prävention

Legato – Systemische Ausstiegsberatung – Fachstelle für religiös begründete Radikalisierung

Die Beratungsstelle Legato bietet systemische Ausstiegsberatung an und ist zugleich Fachstelle für religiös begründete Radikalisierung. Seit Juli 2015 berät Legato Angehörige und das persönliche Umfeld von Menschen, die eine gewaltorientierte extremistische Religionsauslegung vertreten und/oder sich einem Milieu zugehörig fühlen, in dem eine solche Religionsauslegung dominiert.

Legato bedeutet „verbunden“ (italienisch): Auf die Bindung kommt es an, wenn man junge Menschen erreichen möchte; über die starke und stabile Bindung zur Mutter, Tante oder Schwester, zum Vater, Onkel oder Bruder kann es gelingen, Jugendliche

und junge Erwachsene wieder herauszulösen aus Ideologien und Gruppen, die suchenden Menschen eine einfache Weltsicht und einen scheinbar verlockenden Gruppenzusammenhalt bieten. Das Einbeziehen des gesamten sozialen Systems und Stärken von Bindungen macht den systemischen Ansatz aus.

Legato bietet vier Arten von Angeboten: (1) Beratung für Angehörige, die wegen einer möglichen Radikalisierung eines Familienmitglieds in Sorge sind, (2) Ausstiegsgleitung für Betroffene, wenn sie Distanz zu einem destruktiven, sich auf Religion berufenden Milieu suchen und eine neue Orientierung finden möchten, (3) Fachberatung und Fortbildung für Fachkräfte und Multiplikatoren, z.B. in Schule, Kinder- und Jugendhilfe und Sozialraummanagement und (4) Gesprächsgruppen für Eltern und Betroffene.

Ergänzend zur systemischen Beratung werden in Kooperation mit der Schura Gespräche zu theologischen Themen angeboten. Die Beratungsstelle arbeitet eng mit den staatlichen Regelsystemen zusammen, z.B. mit der Kinder- und Jugendhilfe und der Schulbehörde und kooperiert auch mit den universell-präventiven Projekten. Die Angebote von Legato sind kostenlos, anonym und in mehreren Sprachen möglich (Tel. 040 38902952, beratung@legato-hamburg.de, <http://www.legato-hamburg.de>).

Träger der Beratungsstelle sind die Vereinigung Pestalozzi gGmbH (Träger der Kinder- und Jugendhilfe) und Ambulante Maßnahmen Altona e.V. (Träger der Jugendgerichts- und Jugendbewährungshilfe).

Legato – Islamismusprävention im justiziellen Feld (PräJus)

Ziel des Projektes ist die Erprobung neuer Präventionsmethoden gegen religiös begründete Radikalisierung im Hamburger Strafvollzug und in der Bewährungshilfe. Zu diesem Zweck wird zum einen das Personal in Justizvollzug, Jugendbewährungs- und Gerichtshilfe geschult, so dass es Radikalisierungsdynamiken besser einschätzen und sensibler bearbeiten kann. Zum anderen knüpft das Projektteam über Gruppenarbeit in einer Justizvollzugsanstalt sowie über Beratungsangebote Kontakte zu radikalisierte Jugendlichen und jungen Erwachsenen, um ihre Problemdynamiken zu unterbrechen und mit ihnen neue Lebensperspektiven und alternative Narrative zu entwickeln.

Bereits weitreichend radikalisierten, gesprächsbereiten Straffälligen werden ebenfalls Angebote gemacht, um mit ihnen neue Wege zurück zu erarbeiten. Ziel ist es außerdem, das Thema religiöse Radikalisierung in den Ausbildungsgängen von Justizvollzug und Bewährungshilfe zu verankern.

Legato schult Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hamburger Justizvollzugs, Radikalisierungstendenzen von normaler Religionsausübung zu unterscheiden und Handlungssicherheit im Umgang mit der Klientel zu entwickeln.

Träger des Projektes ist Ambulante Maßnahmen Altona e.V., Kooperationspartner sind die Hamburger Justizbehörde, das Amt für Straffälligen- und Gerichtshilfe und die Justizvollzugsanstalten.

Aufgaben der zivilgesellschaftlichen Projekte: Universelle Prävention

SelbstSicherSein – Wer bin ich und wie will ich sein?

Das Projekt „SelbstSicherSein“ begleitet Kinder ab acht Jahren und Jugendliche auf dem Weg zu einer starken Persönlichkeit. Mit Einzelgesprächen, Gruppenangeboten und Workshops stellt es sich gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen Themen, Gedanken und Fragen, die auf dem Weg zum Erwachsenwerden aufkommen.

Das Projekt will die Kinder und Jugendlichen ermutigen, unterschiedliche Perspektiven einzunehmen, die Vielfalt von Lebensentwürfen zu erfahren und den eigenen Lebensweg selbstbewusst zu gehen. Die jungen Menschen werden unterstützt, Diskursen der Ungleichwertigkeiten kritisch zu begegnen, gleichzeitig wird Diskriminierungserfahrungen ein Reflexionsraum gegeben. Das Projekt findet vorwiegend an Grund- und weiterführenden Schulen statt, es sucht auch einen konstruktiven Austausch mit Eltern, Lehrkräften und anderen Bezugspersonen, z.B. in Fortbildungen und Trainings.

Der Träger Basis & Woge e. V. ist ein staatlich anerkannter, gemeinnütziger Träger sozialer Dienstleistungen in Hamburg, der sich in den Arbeitsbereichen Jugend- und Familienhilfe, Gesundheitsprävention und interkulturelle Arbeit engagiert.

Jugendphase und Salafismus

„Jugendphase und Salafismus“ wendet sich an pädagogische Fachkräfte der außerschulischen Jugendarbeit. Es regt Präventionsaktivitäten in Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit an und fördert die Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte zu dem Thema, z.B. indem es über pädagogisches Arbeitsmaterial und Vernetzungsmöglichkeiten in Hamburg informiert. Das Projekt hat im Stadtteil Jenfeld eine Sozialraum-AG organisiert, in der sich Jugendeinrichtungen, Schule und weitere Akteure zum Thema austauschen, weiterbilden und koordinieren können.

Die AG Kinder- und Jugendschutz Hamburg e.V. führt das Projekt durch. Sie ist ein freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe und bietet Unterstützung und Informationen für Kinder, Jugendliche und Eltern sowie Fortbildungen und Fachtagungen für pädagogische Fachkräfte. Dabei arbeitet sie im Sinne eines stärkenden und ressourcenorientierten erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes.

Think Social Now 2.0 – Verantwortung übernehmen im Internet

Das Projekt „Think Social Now 2.0 – Verantwortung übernehmen im Internet“ entwickelt ein Modell, wie propagandistischen und diffamierenden Internetangeboten

wirksam begegnet werden kann. Ziel des Projekts ist es, Jugendliche und deren Angehörige sowie Multiplikatoren und Institutionen für die Gefahren des religiös begründeten Extremismus zu sensibilisieren und Möglichkeiten der Entgegnung zu entwickeln – insbesondere in den sozialen Medien. Die Zielgruppen setzen sich mit den Besonderheiten der sozialen Medien auseinander und produzieren eigene Inhalte. Dadurch stärken sie sowohl ihre Medienkompetenz als auch die Verfügbarkeit alternativer Online-Angebote, die sich für ein demokratisches Miteinander und eine Vielfalt der Lebensentwürfe einsetzen.

Der Projektträger ist das Bündnis Islamischer Gemeinden in Norddeutschland e. V. (BIG), ein Zusammenschluss von 16 türkisch-islamischen Moscheevereinen in Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Diese gestalten die tägliche religiöse Praxis und das religiöse Leben der Mitglieder, machen Bildungs- und Kulturangebote und engagieren sich im interreligiösen Dialog.

Al Wasat – Die Mitte

Das Projekt „Al Wasat – Die Mitte“ des Islamischen Wissenschafts- und Bildungsinstituts e.V. vernetzt alle Akteure im Sozialraum Harburg, die einen Beitrag zur Prävention von religiös begründeten Extremismus und Muslimfeindlichkeit leisten können sowie Sensibilisierung und Handlungskompetenz für den Umgang mit diesen Themen brauchen. Die beteiligten Akteure und Zielgruppen sind Eltern, Imame, Lehrkräfte, christliche Seelsorger, sozialpädagogische Fachkräfte, bürgernahe Polizeibeamte, die Abteilung Integrierte Sozialplanung des Fachamtes Sozialraummanagement im Bezirksamt Harburg, das Projekt „Lokale Partnerschaft für Demokratie“ und der Harburger Integrationsrat.

Die Kernkompetenz des Projektes liegt in der Konzeption und Durchführung von theologischen und religionspädagogischen Beratungen und Fortbildungen für die Zielgruppen. Weiterhin bildet das Projekt Multiplikatoren aus, die zukünftig eine breite Basis für die Präventionsarbeit bilden sollen.

Das Islamische Wissenschafts- und Bildungsinstitut e.V. ist eine zivilgesellschaftliche religionspädagogische Einrichtung, die Beratung, Fort- und Weiterbildung zu islambezogenen Themen in Schule, Familie, Alltag und Arbeitswelt anbietet. Das Institut gehört dem Bündnis Islamischer Gemeinden in Norddeutschland an.

Qualifizierung muslimischer Jugendlicher in Hamburger Moscheen

Das Projekt des Fachrates Islamische Studien e.V. bietet für junge Muslime in verschiedenen Moscheen wöchentlich stattfindende deutschsprachige Bildungsformate an, in denen insbesondere zu den Themen Vielfalt, Identität und Islam gearbeitet wird. Darüber hinaus organisiert der Fachrat inter- sowie intrareligiöse Jugendveranstaltungen und Exkursionen sowie Workshops, die die Jugendlichen vernetzen und zur Übernahme von Verantwortung in den Gemeinden motivieren. Die Angebote fördern

eine reflektierte und artikulationsfähige religiöse Identitätsbildung, Kritikfähigkeit, Ambiguitätstoleranz und Selbstwirksamkeit, dadurch stärken sie die Resilienz der Jugendlichen gegenüber extremistischen Botschaften und Agitatoren. Derzeit beteiligen sich drei Moscheen der Schura und eine DITIB-Moschee.

Dem Träger Fachrat Islamische Studien e. V. (FIS, gegründet 2014) gehören muslimische Akademiker an, unter ihnen Islamwissenschaftler, Erziehungswissenschaftler und Theologen. Er versteht sich als unabhängiges Bindeglied zwischen der akademischen Lehre – auch zu extremistischen Phänomenen – und den muslimischen Gemeinschaften in Hamburg. Der FIS setzt sich zudem für eine innermuslimische Verständigung ein.

Koordinierungsstelle Prävention und Lotsenberatung der SCHURA e. V.

Die Koordinierungsstelle Prävention und Lotsenberatung vernetzt die Mitgliedsgemeinden der SCHURA. Sie berät die Mitgliedsgemeinden und einzelne Ratsuchende zu den in Hamburg verfügbaren Präventions- und Interventionsangeboten sowie zu kulturellen, weltanschaulichen oder islamisch-theologischen Fragen. Als Mitglied im Beratungsnetzwerk „Prävention und Deradikalisierung“ stellt die Koordinierungsstelle ein Bindeglied zwischen dem Netzwerk und der Schura und ihren Gemeinden dar und sichert dadurch den gegenseitigen Informations- und Wissenstransfer.

Des Weiteren organisiert sie Informationsveranstaltungen zu religiös begründetem Extremismus und Muslimfeindlichkeit in den Schura-Gemeinden und unterstützt den Prozess, die Gemeinden in die Arbeit der Regelsysteme vor Ort einzubinden. Durch die Vernetzung z.B. mit Schule, offener Kinder- und Jugendarbeit und Beratungseinrichtungen werden die Gemeinden in den Nachbarschaften als Partner etabliert, Vorurteile werden abgebaut, Austausch und Kooperationen gefördert.

Die SCHURA – Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg e. V. ist die größte Religionsgemeinschaft der Muslime in Hamburg. Zurzeit vertritt sie 35 verschiedenen Moscheegemeinden und 17 Frauen-, Kultur-, Studenten- und Bildungsvereinigungen unterschiedlicher Herkunft.

Koordinierungsstelle und Lotsenberatung der Alevitischen Gemeinde Hamburg e. V.

Die Koordinierungsstelle der Alevitischen Gemeinde Hamburg vertritt alle vier in Hamburg ansässigen alevitischen Vereine, vernetzt diese miteinander und agiert als Schnittstelle zum Beratungsnetzwerk Prävention und Deradikalisierung. Außerdem berät die Koordinierungsstelle die vier alevitischen Vereine und ihre Mitglieder sowie andere Ratsuchende zu Themen mit Bezug zu religiös begründetem Extremismus und Diskriminierung, zu kulturellen und weltanschaulichen Fragen sowie zu Präventions- und Interventionsangeboten, und bei Bedarf verweist sie auf spezialisierte Beratungsstellen. Des Weiteren organisiert sie Veranstaltungen gemeinsam mit Jugendlichen zur Förderung und Stärkung von gesellschaftlichem Engagement.

Die Alevitische Gemeinde Hamburg e. V. existiert seit 20 Jahren in Hamburg, sie ist die Interessenvertretung von über 30.000 in Hamburg lebenden Aleviten.

Lokale Partnerschaften für Demokratie

Durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ werden in ganz Deutschland kommunale Gebietskörperschaften (Städte, Landkreise und kommunale Zusammenschlüsse) unterstützt, „Partnerschaften für Demokratie“ als strukturell angelegte lokale bzw. regionale Bündnisse aufzubauen. In den „Partnerschaften für Demokratie“ kommen die Verantwortlichen aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft – aus Vereinen und Verbänden über Kirchen bis hin zu freiwillig Engagierten – zusammen. Anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen entwickeln sie gemeinsam eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie. In Hamburg gibt es sieben „Partnerschaften für Demokratie“.

Unterstützung weiterer Projekte durch eine Förderrichtlinie

Mit der Förderrichtlinie werden punktuelle Angebote der Zivilgesellschaft unterstützt. Die Richtlinie unterstützt damit die Umsetzung des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus und zur Förderung demokratischer Kultur sowie des Senatskonzept gegen religiös begründeten Extremismus und Muslimfeindlichkeit.

Ziel der beide Konzepte unterstützenden Förderrichtlinie ist, die Öffentlichkeit für die verschiedenen Formen des Rechtsextremismus, des religiös begründeten Extremismus und anderer abwertender Einstellungen zu sensibilisieren, Menschen in ihrer demokratischen Haltung zu festigen und sie zu befähigen, menschenfeindlichen Einstellungen und Aktivitäten, Diskriminierung sowie Intoleranz mit demokratischen und zivilgesellschaftlichen Handlungsformen zu begegnen sowie Toleranz und positive Identitätskonstruktionen zu fördern. Zielgruppen sind Initiativen, Vereine, Verbände, Migrantenorganisationen, kleine und mittlere Betriebe, Interessenvertretungen, aber auch Einzelpersonen, die in Hamburg ihren (Wohn-) Sitz oder einen Tätigkeitsschwerpunkt haben.

Fazit

Die geschaffenen Strukturen erweisen sich als so tragfähig wie flexibel. Wir halten es weiterhin für gewinnbringend, behördenübergreifend zu arbeiten und dabei die Zivilgesellschaft eng einzubeziehen. Im Netzwerk hat sich eine lebendige Diskussionskultur entwickelt, und über die Jahre sind verlässliche Kooperationsbeziehungen entstanden. Auch in den Diskussionen um aktuelle Anlässe, die z.B. um die Spionagevorwürfe gegen DITIB-Imame oder um die Tat von Ahmad A. geführt wurden, zeigt sich, dass Sorgen in einer besonnenen Atmosphäre offen angesprochen werden können. Neue fachliche Herausforderungen werden kurzfristig identifiziert und in die Bearbeitung genommen. Intern wird stetig an der Optimierung der Konzepte und Abläufe gearbeitet – dabei kommt es durchaus zu Spannungen wie überall, wo viele

unterschiedliche Funktionen und Perspektiven aufeinander treffen. Bisher ist es aber stets gelungen, ein gegenseitiges Verständnis und eine konstruktive Atmosphäre herzustellen und zu gemeinsamen Lösungen zu kommen.

Wer Prävention betreibt, braucht einen langen Atem, das ist allen Beteiligten an der Entwicklung und Umsetzung des Senatskonzeptes bewusst. Schnelle Erfolge sind nicht zu erwarten, aber die Arbeit lohnt sich: So berichten alle Akteure, dass die Anfragen, die sie erhalten, zunehmend unaufgerechter werden – dafür die Hintergründe ernster. Das spricht dafür, dass die Maßnahmen zur Sensibilisierung und Aktivierung bereits greifen. Hamburg wird den eingeschlagenen Weg gegen Radikalisierung und Muslimfeindlichkeit und für ein demokratisches gleichberechtigtes Miteinander in der Stadt weiter gehen.

Inhalt

Vorwort des Herausgebers 7

I. Der 22. Deutsche Präventionstag im Überblick

Erich Marks, Karla Marks

Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 22. Deutschen Präventionstages 9

Erich Marks

Herzlich willkommen zur jährlichen Präventionsvermessung in präventions-
hungrigen Zeiten – Deutscher Präventionstag 2017 in Hannover 45

Wiebke Steffen

Der Deutsche Präventionstag fordert die Bereitstellung von Fördermitteln
für Kommunale Präventionszentren 53

Wielant Machleidt

Integration als Kulturelle Adoleszenz! Eine neue Perspektive auf Integration 57

Rainer Strobl, Merle Graupner, Olaf Lobermeier

Evaluation des 22. Deutschen Präventionstages am 19. und 20. Juni 2017
in Hannover 65

II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte

Philipp Basler, Helmut Heitmann, Thomas Martens, René Voigt

Integration junger Flüchtlinge. Das Projekt [ankommen] –
KiezSport mobil 115

Isabelle Brantl, Yvette Völschow, Margit Stein

Früh- und Zwangsehen: Implikationen für die europäische
Soziale Arbeit im Migrationskontext 125

Karin Bruckmüller

Schutz für Menschenhandelsopfer während der „Flüchtlingskrise“ 141

Kerstin Bunte, Shérif Korodowou

Interkulturelle Kompetenz – Grundlage für Gewaltprävention und
Integrationsförderung 155

<i>Michael Fichter Iff, Laura Elmiger</i> Zusammen sicher – Herausforderungen interkultureller Polizeiprävention mit Flüchtlingen	173
<i>Christian Grafl</i> Migration und Kriminalität in Österreich – Was wissen wir wirklich?	181
<i>Dieter Hermann</i> Die Integration von Migranten – ein brauchbares Präventionskonzept?	195
<i>Dieter Hermann, Christian Specht</i> Das Mannheimer Auditinstrument zur Förderung von Sicherheit und Lebensqualität – ein Konzept der rationalen Bewältigung von Herausforderungen	207
<i>Pushpa Islam</i> Frankfurter Modell gegen Extremismus	221
<i>Wulf Köpke</i> Innovative Formen polizeilicher Arbeit mit Migranten Das Hamburger Flüchtlingsprojekt „Vermittlung von Werten und Kriterien für sozialen und beruflichen Erfolg in Deutschland“	227
<i>Helmut Kury, Jördis Schüßler</i> Politische Forderungen im Rahmen einer „Flüchtlingspolitik“	237
<i>Andreas Mayer</i> Für ein gutes Zusammenleben – Herausforderungen der Zuwanderung für die Polizeiliche Kriminalprävention	255
<i>Grygorii Moshak</i> Beitrag des DPT zur internationalen Integration der Kriminalitätsprävention	263
<i>Hildegard Müller-Kohlenberg</i> Balu und Du – Welche Hilfen zur Integration bietet das Mentorenprogramm?	269
<i>Helmolt Rademacher</i> Interkulturelle Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft	273
<i>Georg Ruhrmann</i> „Integration“ und (Des)Integration. Herausforderung für die politische Kommunikation	279

<i>Herbert Schubert</i> Sicherheitsaspekte der Unterbringung geflüchteter Menschen in Gemeinschaftsunterkünften	309
<i>Peter Sicking, Hartmut Denker</i> Lions-Quest „Zukunft in Vielfalt“ – Ein innovatives Fortbildungskonzept zur Vermittlung interkultureller Kompetenz.	323
<i>Stella Valentien</i> Bildungs- und Präventionsarbeit in Kindertageseinrichtungen mit Kindergarten <i>plus</i>	329
<i>Ulrich Wagner, Johannes Maaser</i> Integration als Prävention (religiös motivierter) extremistischer Gewalt	333
<i>Ohle Wrogemann</i> Traditionsgebundene muslimische Mädchen im Sportverein – Herausforderungen der Integration	339
<i>Eleonore Yassine-Sahyouni</i> Prävention ganzheitlich umsetzen – Hamburgs Konzept gegen religiös begründeten Extremismus und Muslimfeindlichkeit	351
III Autorinnen und Autoren	365